

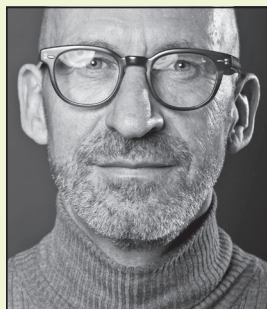
Verlässlichkeit in turbulenten Zeiten

Wir blicken zurück auf ein politisch sehr bewegtes Jahr: Auf einen langwierigen und zähen Prozess der Regierungsbildung zu Jahresbeginn und auf die Monate des anhaltenden Streits in der großen Koalition. Und nun, nur wenige Wochen nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen, wirft der sich abzeichnende politische Umbruch in der Union seine Schatten auch auf 2019 voraus. Regieren mit ruhiger Hand sieht anders aus.

Die politischen Turbulenzen dieses Jahres haben jedoch eines gezeigt: Unsere politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Institutionen sind erstaunlich stabil. Selbst wenn fortwährende Auseinandersetzungen eine Regierung zu blockieren scheinen, Exekutive und Legislative arbeiten verlässlich und effektiv. Auch abseits des Fokus der Öffentlichkeit stellen die einzelnen Ressorts die Weichen für wichtige politische Vorhaben. Die nationale Reduktions- und Innovationsstrategie von Bundesernährungsministerin Julia Klöckner ist hierfür ein gutes Beispiel. Die Verabschiedung der Rahmenvereinbarung am 26. September und die nun folgende Verständigung auf branchenbezogene konkrete Zielvereinbarungen im weiteren konsensualen Prozess sind ein bedeutender Erfolg, an dem auch unsere Branche einen erheblichen Anteil hat. Der Schlüssel dazu liegt in dem ganzheitlichen Vorgehen von Politik, Wirtschaft, Gesundheitswesen und Zivilgesellschaft. Denn, man kann es nicht oft genug wiederholen: Populistische Parolen, Bevormundung oder gar Steuern auf einzelne Lebensmittel machen die Menschen nicht schlanker. Wer ernsthaft Adipositas, einseitige Ernährung und eine ungesunde Lebensweise in unserer Gesellschaft bekämpfen will, braucht vielmehr den Willen zu gemeinschaftlichen Lösungen. Dafür steht der ganzheitliche Ansatz der Ministerin und dafür steht die offene und zielorientierte Diskussion am Runden Tisch. Wir sind zuversichtlich, dass dieser Ansatz und unsere Strategie der breiten Beteiligung der Branche dazu beitragen, der Lösung einer der großen gesellschaftlichen Herausforderungen dieser Zeit am Ende ein gutes Stück näherzukommen. Wir sind bereit, den eingeschlagenen Weg weiter mitzugehen und wollen hier einen nachhaltigen und spürbaren Beitrag leisten.

Die kommenden Monate mögen noch so manche Überraschung auf dem politischen Parkett in Berlin bereithalten. Wir blicken dennoch optimistisch nach vorn. Mit unserer lösungsorientierten Haltung und mit konstruktiver Sacharbeit bleiben wir gerade in turbulenten Zeiten ein berechenbarer und verlässlicher Partner der Politik.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien friedliche und heitere Weihnachtsfeiertage und einen guten Start ins neue Jahr!



Patrick Kammerer
Präsident Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke e.V. (wafg)

Rahmenvereinbarung zur Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie

Bundesernährungsministerin Julia Klöckner hat am 16. Oktober 2018 die mit Dach- und Branchenverbänden der Lebensmittelwirtschaft geschlossene Grundsatzvereinbarung über Ziele und Beiträge der Wirtschaft zur Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie vorgestellt. Die Ministerin bewertete die Vereinbarung als „wichtigen Schritt, den es so noch nicht gegeben“ habe. Sie begrüßte, dass die unterzeichnenden Verbände – zu denen die Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke (wafg) gehört – sich explizit dazu bereit erklärten, im gesamt-gesellschaftlichen Vorgehen gegen das Problem krankhaften Übergewichts an konstruktiven Lösungen mitzuwirken.

Aus Sicht unserer Vereinigung ist es wichtig und richtig, dass die Bundesregierung die Bereiche Ernährung, Bewegung und Gesundheit übergreifend und ganzheitlich betrachten – wobei die Rahmenvereinbarung zunächst einen Grundkonsens an der Schnittstelle zwischen dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sowie der Lebensmittelwirtschaft herstellt, um die Expertise und das Fachwissen der Branchen bzw. Unternehmen als zentrale Stakeholder zu nutzen. Diese Beiträge sind eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche und nachhaltige Umsetzung der Strategie.

Die Rahmenvereinbarung zielt insbesondere darauf, die Energiezufuhr insgesamt (wenn auch zunächst nur mit Blick auf ausgewählte Produktgruppen) zu senken, dabei jedoch zugleich die Qualität der Nährstoffversorgung im Blick zu halten. Konkret sollen der Rahmenvereinbarung in den kommenden Wochen und Monaten einzelne branchen- bzw. produktbezogene Zielvereinbarungen folgen. wafg-Präsident Patrick Kammerer hatte für die wafg am Runden Tisch nachdrücklich die Bereitschaft verdeutlicht, einen nachhaltigen, spürbaren und signifikanten Beitrag zu leisten.

Die wafg setzt hierzu auf verschiedene und sich ergänzende Ansätze – zu diesen zählen insbesondere Produktvielfalt, Produktinnovation und -reformulierung, verstärkte Werbung für Getränke ohne oder mit weniger Kalorien sowie das Angebot kleinerer Packungsgrößen für den Einzelverzehr.

Kritik an EU-Vorschlägen zu Kunststoff-Deckeln reißt nicht ab

Die Vorschläge für eine EU-Richtlinie zur Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte stehen weiter in der Diskussion. Derzeit beraten EU-Kommission, Rat und EU-Parlament im Rahmen der Trilog-Verhandlungen über den Entwurf. Aus Sicht der Branche stehen die Vorschläge zu Kunststoff-Deckeln im Zentrum der Kritik. Die Deckel sollen bei Einweg-Gebinden aus Kunststoff zukünftig „fest“ und nicht abreißbar angebracht sein – was aus Sicht der wafg weder sachlich noch ökologisch weiterhilft, die Unternehmen aber ökonomisch schwer belastet. Besonders treffen würde dies die mittelständischen Anbieter.

Die wafg hat im Rahmen ihrer Aktivitäten bereits mehrfach verdeutlicht, dass die Vorschläge unverhältnismäßig und

im Ergebnis sogar kontraproduktiv sind. Insbesondere gilt dies für die Situation in Deutschland, da hier nahezu alle bepfandeten Getränkeverpackungen über das Pfandsystem eingesammelt werden. Bei bestehenden, funktionierenden Sammel- bzw. Pfandsystemen kein „Deckelproblem“ gibt. Darüber hinaus würde die Vorgabe nach Expertenschätzung zwangsläufig zu einem signifikant höheren Materialverbrauch führen und die kostenintensive Umstellung der Produktionsanlagen erfordern. Für kohlenensäurehaltige Getränke gibt es unserer Kenntnis nach derzeit noch gar keine marktfähigen Lösungen gibt.

Die wafg setzt sich daher auch weiterhin für eine zielführende und sachgemäße Anpassung ein. Gerade mit Blick auf die in Deutschland bewährten und etablierten Sammelsysteme für Getränkeverpackungen, die auf geschlossene Materialkreisläufe hin ausgerichtet sind,

halten wir nach wie vor zumindest eine entsprechende Bereichsausnahme bzw. die Öffnung für zielführende nationale Gestaltungsspielräume für zwingend. Weitere Informationen sind auch der Pressemitteilung zu entnehmen, die unter www.wafg.de/uploads/tx_mrpressemitteilungen/wafg-Pressemitteilung_EU-Plaene_zur_Regulierung_von_Kunststoffdeckeln_sind_ein_Stueck_aus_dem_Tollhaus.pdf abgerufen werden kann.

Kontakt:

Wirtschaftsvereinigung
Alkoholfreie Getränke e.V.

Telefon: +49 (0) 30/25 92 58-0

E-Mail: mail@wafg.de

Internet: www.wafg.de

Erweiterte Einweg-Kennzeichnung durch Industrie und Handel am Markt etabliert

Im Sommer 2016 haben Getränke-Industrie und Handel im Bundesumweltministerium eine Initiative zur freiwilligen zusätzlichen Kennzeichnung von gesetzlich bepfandeten Einweg-Getränkeverpackungen vorgestellt. Nunmehr ziehen die Trägerverbände nach Sichtung der Marktzahlen eine positive Bilanz. Ob Wasser, Bier oder Erfrischungsgetränke: Der Großteil der teilnehmenden Unternehmen hat die freiwillige Kennzeichnung komplett umgesetzt, die mehr Transparenz für die Verbraucher schafft.

Der Kern der Initiative: Die Verbraucherinnen und Verbraucher finden auf den Etiketten gesetzlich bepfandeter Flaschen und Dosen der teilnehmenden Unternehmen nunmehr die zusätzlichen Informationen „Einweg“, „Pfand“ sowie die Angabe der Pfandhöhe (0,25 Euro). Diese ergänzen das Pfandlogo der Deutschen Pfandsystem-Gesellschaft (DPG), mit dem in Deutschland rechtskonform vertriebene pfandpflichtige Einweg-Getränkeverpackungen gekennzeichnet werden.

Die teilnehmenden Unternehmen, die gegenüber den Trägerverbänden eine förmliche Erklärung abgegeben haben, stehen laut einer unabhängigen Studie inzwischen für ca. 86 Prozent des betreffenden Marktvolumens*. Der Großteil hatte die Kennzeichnung bereits Ende 2017 auf allen Verpackungen umgesetzt. Darüber hinaus setzen auch weitere Akteure eine Kennzeichnung im Sinne der Initiative um.

Die Initiative wird von der Arbeitsgemeinschaft konsumenten- und ökologieorientierter Getränkeverpackungen e.V. (AKÖG), dem Bund Getränkeverpackungen der Zukunft (BGVZ), der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V. (BVE), dem Deutschen Brauer-Bund e.V. (DBB), dem Handelsverband Deutschland e.V. (HDE) und der Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke e.V.

(wafg) getragen. Unterstützt wird die Verbände-Initiative inzwischen von der Deutschen Pfandsystem-Gesellschaft (DPG), die den am DPG-System teilnehmenden Erstverkehrbringern ausdrücklich eine entsprechende Verbraucherinformation empfiehlt.

Unabhängig von der erfolgreich etablierten freiwilligen Kennzeichnung bepfandeter Einweg-Getränkeverpackungen treten zudem ab 1. Januar 2019 neue gesetzliche Regelungen des Verpackungsgesetzes zur Kennzeichnung im Handel in Kraft. Diese sehen für bepfandete Einweg-Getränkeverpackungen sowie für Mehrweg-Getränkeverpackungen eine verpflichtende Kennzeichnung „EINWEG“ bzw. „MEHRWEG“ in der Verkaufsstelle vor.



*Quelle: Gutachten „Marktrelevanz der Initiative zur freiwilligen Zusatzkennzeichnung bepfandeter Einweg-Getränkeverpackungen – Stand 2017“ der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung (GVM); Juni 2018. Die Prozentzahl zur Ermittlung der Marktrelevanz bezieht sich auf den Marktanteil in (Liter) bezogen auf den Gesamtmarkt bepfandeter Einweg-Getränkeverpackungen (qualifizierte Vorabschätzung zum Gesamtmarkt 2017 als aktuellste Datenbasis).